Abend-Ausgabe

77. Jahrgang. Nr. 483 — Mittwoch, 12. Oktober 1932

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Drahtanschrift: Nachrichten Dresden
Fernsprecher-Sammelnummer: 25 241
Nur für Nachtgespräche: Nr. 20011
Schriftleitung u. Hauptgeschäftsstelle:
Dresden-A. 1, Marienstraße 38/42

Bezugsgebühr bei täglich zweimaliger Zustellung monatlich 3.20 RM. (einschließlich 70 Pfg. für Trägerlohn), durch Postbezug 3.20 RM. einschließlich 36 Pfg. Postgebühr (ohne Postzustellungsgebühr) bei 7mal wöchentlichem Versand. Einzelnummer 10 Pfg. Anzeigenpreise: Die einspaltige 30 mm breite Zeile 35 Pfg., für auswärts 40 Pfg., die 90 mm breite Reklamezeile 200 Pfg., außerhalb 250 Pfg. abg. Krisenabschlag II. Teil. Familienanzeigen und Stellengesuche ohne Rabatt 15 Pfg., außerhalb 25 Pfg. Offertengebühr 30 Pfg. Auswärtige Aufträge gegen Vorausbezahlung.

Druck u. Verlag: Wetzsch & Reichardt, Dresden. Postscheck-Kto. 1061 Dresden. Nachdruck nur mit deutl. Quellenangabe (Dresdn. Nachr.) zulässig. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt

Papen vor der bayrischen Wirtschaft

Auseinandersetzung mit den Nationalsozialisten

München, 12. Okt. Reichskanzler v. Papen hielt heute vor den Vertretern der bayrischen Gesamtwirtschaft eine bedeutsame programmatische Rede, die über alle deutschen Sender übertragen wurde. Der Kanzler betonte, er habe durch seinen, dem bayrischen Staate geltenden Besuch beweisen wollen, wie fest er durchdrungen sei von der Notwendigkeit der gleichen Mitwirkung aller deutschen Stämme an der Gestaltung des deutschen Gesamtgeschickes. Auch das Reichskabinett spiegele nicht einseitig den deutschen Norden wider. Es bestehe fast zur Hälfte aus Süddeutschen. „Die Hoheit des Reiches in seiner Weltgeltung wieder zum Ausdruck zu bringen", fuhr der Kanzler fort, „ist die vornehmste Aufgabe der Reichsregierung.

Gerade, weil wir den Frieden wollen, fordern wir die Grundrechte der Freiheit und Gleichberechtigung. Ohne die Erfüllung dieser Forderung wird die Mitte unseres Erdteils stets ein Herd der Unruhe bleiben.

Unser Ziel ist ein neues friedliches Europa, das geordnet ist nach den ewigen Gesetzen der Gerechtigkeit und Selbstbestimmung der Völker, auf die vertrauend wir 1918 die Waffen aus der Hand legten. Erst wenn die Völker unseres Kulturkreises in einem solchen Europa brüderlich nebeneinander leben, dann werden die Grundlagen vorhanden sein für das wahre wirtschaftliche und politische Vertrauen."

Zum Wirtschaftsprogramm der Reichsregierung erklärte der Kanzler, daß kaum eine Regierungsmaßnahme der Nachkriegszeit in ihrem grundsätzlichen Teil so zustimmenden Widerhall bei der Wirtschaft gefunden habe. Der Leitsatz auch des Wirtschaftsprogramms sei, Vertrauen zu schaffen, und er glaube, daß der Anfangserfolg nicht ausgeblieben ist, ja sich bereits in einem Ausmaß eingestellt hat, der für die Zukunft hoffnungsvoll stimmen kann. Wenn Hitler erklärt habe, das wirtschaftliche Programm der Reichsregierung könne bereits jetzt als erledigt gelten, so sprächen die Tatsachen über die Gestaltung des Arbeitsmarktes ausreichend und deutlich überzeugend gegen diese Behauptung.

Aber auch in einem anderen Punkte habe die wirtschaftliche Entwicklung der Reichsregierung recht gegeben. Die günstigere Beurteilung der weltwirtschaftlichen Entwicklungsaussichten hat angehalten. So haben sich vor allem die Rohstoffpreise weiter behauptet. Auch sonst dauert

die erkennbare wirtschaftliche Besserung

an. Den Gedanken einer grundsätzlichen Autarkie lehne die Reichsregierung ab. Trotzdem seien Notstandsmaßnahmen zum Schutze unserer Landwirtschaft, wie das Reichskabinett sie für unvermeidlich erachtet habe, notwendig gewesen. Es gäbe ein Mittel für die an der Einfuhr nach Deutschland interessierten Staaten, die deutsche Kontingentierungspolitik überflüssig zu machen, nämlich für einen fühlbaren Abbau des industriellen Protektionismus in der Welt zu sorgen. „Wir können nur hoffen", sagte der Kanzler, „daß die kommende Wirtschaftskonferenz die industriellen Zollmauern und die Währungsschwierigkeiten, denen eine so große Zahl von Ländern unterliegt, beseitigen wird."

Gegenüber der scharfen Kritik an dem sozialpolitischen Teil des Regierungsprogramms betonte der Kanzler, er habe nur das eine Ziel: Möglichst vielen Millionen von Arbeitslosen wieder Arbeitsmöglichkeiten zu verschaffen; und der bisherige Erfolg des Wirtschaftsprogramms habe ihm darin recht gegeben.

Für den Winter hoffe sie, in der Arbeitslosenhilfe die Unterstützungssätze erhöhen zu können.

In der Krankenversicherung sollen Bindungen, welche die frühere Reichsregierung den Versicherungsträgern bei den freiwilligen Mehrleistungen auferlegte, gelockert werden. Es sei auch beabsichtigt, in der Rentenversicherung an Stelle eines Teils der früher abgebauten Leistungen zunächst in beschränktem Umfange freiwillige Mehrleistungen zuzulassen. Die Reichsregierung prüfe ferner, ob für die Kriegsbeschädigten und ihre Hinterbliebenen die Gewährung freiwilliger Mehrleistungen erleichtert werden kann.

Vorbedingung für eine dauernde Gesundung der Wirtschaft sei auch

ein Umbau der Verfassung des Deutschen Reiches.

An den großen Grundgesetzen in Teil 2 der Weimarer Verfassung, betonte der Kanzler, soll man nicht rütteln; aber die Formen des politischen Lebens gilt es zu erneuern und den Bedürfnissen des Volkes anzupassen. Die Reichsregierung muß unabhängiger von den Parteien gestellt werden. Ihr Bestand darf nicht Zufallsmehrheiten ausgeliefert sein.

Als Gegengewicht gegen einseitige, von Parteiinteressen herbeigeführte Beschlüsse des Reichstags bedarf Deutschland einer besonderen Ersten Kammer mit festabgegrenzten Rechten und starker Beteiligung an der Gesetzgebung.

Sobald aber wieder stetige und normale Verhältnisse herrschen, wird kein Anlaß mehr sein, den Artikel 48 in der bisherigen Weise anzuwenden. Die Reichsregierung beabsichtigt, die Verfassungsreform in engem Einvernehmen mit den Ländern durchzuführen. Die geschichtlich gewordenen deutschen Staatsgebilde sollen nicht vergewaltigt werden. Die Reichsregierung lehnt jede Maßnahme ab, die eine Zerschlagung Preußens bedeutet.

Das Schwergewicht der Reform muß in der Beseitigung des allgemein beklagten Dualismus zwischen Reich und Preußen liegen.

Dieses Ziel wird durch die Zusammenfügung der wichtigsten Organe des Reiches und Preußens erreicht werden. Im Zusammenhang hiermit wird es durchaus möglich sein den übrigen Ländern die gerade von bayrischer Seite erstrebte Verfassungsautonomie zu gewähren. Auch die durch Artikel 18 der Weimarer Verfassung beseitigte Gebietsautonomie (Aufhebung des staatlichen Charakters der Länder, die kein Staatsgebiet mehr haben, sondern deren Gebiet allein zur Verfügung des Reiches steht) für die lebensfähigen und lebenswilligen Länder kann wiederhergestellt werden.

Die Reichsregierung wird den Verfassungsentwurf so fertigstellen, daß der neue Reichstag ihn bei seinem Zusammentritt vorfindet.

Möge er beweisen, daß er dieser großen Aufgabe gewachsen ist.

Der Kanzler kam dann auf den 13. August zu sprechen

und sagte: „Jener Tag sollte der Synthese aller wahrhaft nationalen Kräfte dienen, welche die Reichsregierung seit Beginn ihrer Tätigkeit proklamiert, gefördert, erhofft hatte. Es galt die große und verdienstvolle Bewegung des Nationalsozialismus in die verantwortungsvolle Mitarbeit im Reiche einzugliedern. Aber unser Ruf hat keinen Widerhall gefunden. Es ist eine historische Fälschung, wenn heute behauptet wird, ich, der Kanzler, habe den Nationalsozialismus von der Ergreifung der Verantwortung ferngehalten. Das Angebot des 13. August gab der NSDAP. einen Anteil an der Macht im Reiche und Preußen, der ihr entscheidenden Einfluß gesichert hätte.

Hitler hat dieses Angebot nicht angenommen, weil er glaubte, als Führer einer Bewegung, die sich auf 230 parlamentarische Mandate stützt, den Kanzlerposten beanspruchen zu müssen. Er hat diesen Anspruch erhoben aus dem Prinzip der „Ausschließlichkeit" heraus, dem seine Partei huldigt.

Es ist deshalb eine falsche Darstellung des Tatbestandes, wenn die NSDAP. heute behauptet, sie habe gar nicht alle Macht gefordert, sondern sie sei bereit gewesen, noch andere, nicht der Bewegung angehörige Männer an der Regierung zu beteiligen. Hätte ein solches Zugeständnis denn an ihrem Anspruch auf die ausschließliche Führung irgend etwas geändert? Es ist bekannt, daß der Reichspräsident, dem allein die Berufung des Kanzlers zusteht, diesen Anspruch der Totalität abgelehnt hat.

Eine persönliche Abneigung etwa gegenüber dem Führer der Bewegung kann gar nicht in Frage kommen — denn der Reichspräsident steht turmhoch über solchen Erwägungen — es sind ausschließlich präsidielle Beweggründe gewesen, die das Urteil des Staatsoberhauptes geformt haben. Der nationalsozialistische Grundsatz „der Ausschließlichkeit", des politischen „Alles oder nichts", ihr mystischer Messiasglaube an den redegewaltigen Führer als dem einzigen zur Leitung der Geschichte Berufenen gibt ihr den Charakter einer politischen Konfession.

Und eben darin sehe ich den unüberbrückbaren Unterschied zwischen einer konservativen Politik aus dem Glauben und einem nationalsozialistischen Glauben aus Politik. Von einer Bewegung, die die nationale innere und äußere Freiheit auf ihre Fahne geschrieben hat, verlangt die Nation, daß diese Bewegung in jedem Augenblick so handelt, als ob sie das geistige, soziale und politische Gewissen der Nation wäre. Handelt sie nicht so, dann ist sie keine Bewegung mehr, dann ist sie politische Partei geworden. Und an Parteien ist das Reich doch wahrlich fast zugrunde gegangen. Man kann eben nicht auf der einen Seite Massen und Majoritäten mitleidlos verachten, wie es Hitler tut, und auf der anderen Seite sich der Parlamentsdemokratie so unterwerfen, daß man mit dem Bolschewismus Resolutionen gegen eine nationale Regierung beschließt.

Das Schauspiel der Reichstagssitzung vom 12. September ist der beste Beweis für den falschen Weg, auf den eine große nationale Bewegung sich begeben hat. An der Wiedererweckung des nationalen Gedankens haben doch auch andere gearbeitet. Im Interesse des Volksganzen lehnen wir den Machtanspruch von Parteien ab, die sich als Partei oder Bewegung an die Stelle der deutschen Nation setzen wollen.

Alle Schranken der Parteien und Klassen müssen fallen.

Deshalb sage ich: Wenn jemals eine nationale Bewegung eine Pflicht gehabt hat, dann ist es die, dem Reich bei seinem Kampfe um die Herstellung der Souveränität und um die Ehre der Nation nicht in den Rücken zu fallen. Wer sich in diesem Kampfe nicht eindeutig und geschlossen hinter die Regierung stellt, ist ein Feind des deutschen Volkes. Die Reichsregierung hat bei ihrem Antritt als oberstes Ziel ihrer Innenpolitik die Vereinigung aller wahrhaft nationalen Kräfte proklamiert. Dies Ziel bleibt unverrückt bestehen. Nichts kann das Vertrauen in den Aufstieg der Nation mehr hindern, als die Unstabilität der politischen Verhältnisse, als Regierungen, die nur Treibholz sind auf den Wellen der Parteien und unabhängig von jeder Strömung. Diese Art der Staatsführung durch Parteiarithmetik ist im Volksurteil erledigt. Die Reichsregierung ist entschlossen, den ihr vom Reichspräsidenten erteilten Auftrag zur Neuordnung unseres Staats- und Wirtschaftslebens bis zum Erfolge durchzuführen. Sie hat dazu den Willen und die Macht, und ich zweifle nicht, daß der Erfolg ihr das heute schon fühlbare Vertrauen der breiten Massen des Volkes vollends gewinnen wird.

So möge von den Alpen bis zur Memel der unsichtbare Kraftstrom des „sacrum imperium", der unzerstörbaren Idee des Heiligen Deutschen Reiches durch die Länder eilen. Mit Hindenburg für ein neues besseres Deutschland!"

Die mit leidenschaftlicher Beredsamkeit gesprochenen Worte des Reichskanzlers, die immer wieder von lebhaftem Beifall unterbrochen wurden, fanden am Schluß minutenlange stürmische Kundgebungen. Besondere Zustimmung fanden während der Rede die Hinweise des Kanzlers auf die Verbundenheit des Reiches und seiner Länder und auf die Heiligkeit und Unantastbarkeit der deutschen Einheit.

Im Schlußwort sprach der Vorsitzende des Bayrischen Industriellenverbandes, Geheimer Landesbeirat Böhringer, dem Kanzler die freudige Zustimmung der Versammelten zu seinen Darlegungen aus, um dann des Geburtstages des Herrn Reichspräsidenten zu gedenken. — Mit dem Deutschlandlied klang die Kundgebung aus.

Der Reichsaußenminister fährt nicht nach Genf

Genf, 12. Oktober. Reichsaußenminister Freiherr v. Neurath hat dem Präsidenten der Abrüstungskonferenz auf die Frage, ob er in der nächsten Zeit nach Genf kommen werde, in verbindlichen Worten geantwortet, daß die Reichsregierung inzwischen eine Einladung der englischen Regierung zu einer Besprechung nach London erhalten und offiziell angenommen habe. Unter diesen Umständen sei es dem Reichsaußenminister nicht möglich, anderweitig zu disponieren.

Eigenartige Genfer Pläne

Soll England durch Sonderzugeständnisse geködert werden?

London, 12. Okt. Nachforschungen die der Genfer Berichterstatter der „Times" angestellt hat, haben ergeben, daß der neue französische Sicherheitsplan die Unterstützung von etwa 14 bis 15 Ländern finden werde. Den englischen Einwendungen gegen die automatische Anwendung von Sanktionen sei dadurch Rechnung getragen, daß diese rein festländisch-europäisch sein sollten.

Der Angreifer solle nicht durch den Völkerbundsrat, der bekanntlich einstimmig entscheiden muß, sondern durch eine besondere kleinere Körperschaft gebrandmarkt werden. Eine Nation, die sich einem Schiedsspruch widersetze, werde dadurch zum Angreifer.

Ein neuer Gedanke, nämlich Angriffswaffen auf internationalen Sammelplätzen zur Verfügung des Völkerbundes zu halten, habe Unterstützung gefunden, obwohl noch nicht bekannt sei, ob dieser Gedanke im französischen Plan erscheinen werde. Die Verwaltung dieser internationalen Waffenarsenale würde den Ländern zufallen, auf deren Gebiet ein derartiger Sammelplatz angelegt ist. In Verbindung hiermit würde schon als günstig gelegenes Land Spanien bezeichnet.

Vom praktischen Standpunkt aus sei dieser Plan phantastisch, aber er kennzeichne die Geistesverfassung einer Reihe von Ländern;

er sei unter der deutschen Drohung der Wiederaufrüstung entstanden. Da dieser Plan an Stelle der internationalen Armee treten solle, würde er der englischen Forderung Rechnung tragen, daß England keine neuen Verpflichtungen eingehen wolle.

Englische Politiker fordern Abrüstung

London, 12. Okt. „Times" veröffentlicht ein längeres Schreiben zur Abrüstungsfrage, das von vielen bekannten Persönlichkeiten des britischen öffentlichen Lebens unterzeichnet ist, u. a. von Lord Cecil, Lloyd George, Lord Grey und Sir Walter Layton. In dem Schreiben wird gesagt, daß an der moralischen Verpflichtung zur allgemeinen Abrüstung kein Zweifel bestehe. Bei der gegenwärtigen Lage seien nur drei Auswege möglich, entweder derartig weitgehende Abrüstung, daß die Welt und die gemäßigteren Kreise in Deutschland befriedigt sind, oder ein einseitiges Vorgehen

SLUB
Wir führen Wissen.